

Sozialdemokratie als dritte Kraft

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339505>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Richard Lienhard

Sozialdemokratie als dritte Kraft



Welches ist das gegenwärtige Gesellschaftsbild der Sozialdemokratie? Wie ist heute ihre Standortbestimmung zu umschreiben? Für die über die Tagespolitik hinausdenkenden Vertreter der Sozialdemokratie war es stets ein faszinierender Gedanke, in ihr eine dritte Kraft zwischen Kommunismus und Kapitalismus zu sehen. Es schien denn auch eine Weile – nämlich nach der ersten Nachkriegszeit –, als würde die sozialdemokratische Bewegung zur dritten Kraft in der Weltpolitik. Es zeigte sich indessen bald, dass diese Vorstellung begraben werden musste.

Die Sozialdemokratie auf seiten der westlichen Demokratien

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges musste in Europa, dem Stamm-land des demokratischen Sozialismus, der Vormarsch des stalinistischen Totalitarismus als Bedrohung empfunden werden. In den osteuropäischen Ländern und auch im östlichen Teil Deutschlands wurde den sozialdemokratischen Parteien die Existenzberechtigung abgesprochen. Den demokratischen Arbeiterparteien des Westens blieb deshalb nur die Wahl, entweder vor dem kommunistischen Totalitarismus zu kapitulieren oder sich in die Abwehrfront der westlichen Demokratien einzugliedern. Die Entscheidung musste zugunsten des Westens ausfallen. Sie wurde von vielen Sozialisten nie ganz akzeptiert angesichts der Tatsache, dass im Westen das kapitalistische System vorherrscht. Dem liegt aber eine Fehlüberlegung zugrunde. Denn der entscheidende Gegensatz zwischen dem kommunistischen System des Ostens und dem System des Westens ist nicht der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern es handelt sich hier um den Gegensatz zwischen *Demokratie* und *totalitärer Diktatur*. Nur so

lässt sich erklären, weshalb die Sozialdemokratie die Teilung der Welt akzeptieren musste und keine Möglichkeit hatte, in der Weltpolitik die Rolle einer dritten Kraft zu übernehmen.

Dagegen darf auf dem Gebiete der *Innenpolitik* die Sozialdemokratie durchaus den Anspruch erheben, als dritte Kraft zu wirken. Es ist von der Tatsache aus zu gehen, dass es in den westeuropäischen Staaten grundsätzlich gesehen

drei verschiedene gesellschaftspolitische Strömungen

gibt. Etwas vereinfachend lassen sich nämlich unterscheiden: die konservative, die liberale und die sozialdemokratische Gesellschaftspolitik. Darauf soll im folgenden kurz eingegangen werden. Verwerten möchte ich dabei vor allem die Anregungen des österreichischen Sozialdemokraten *Hans Reithofer*, der sich mit seinem Werk «Die ausgleichende Gesellschaft» (Europa-Verlag) einen Namen geschaffen hat.

Konservative Gesellschaftspolitik

Es wäre verfehlt, konservativ einfach mit «reaktionär» gleichzusetzen. Mit solcher Etikettenkleberei trägt man nur dazu bei, den politischen Gegner zu unterschätzen. Ein ernst zu nehmender Konservatismus richtet sich nicht gegen die Gesellschaftsänderung an sich, beruft sich aber auf Werte, die sich schon in der vorindustriellen Gesellschaft bewährt haben. Für den Konservativen soll die Gesellschaftsänderung nur eine allmähliche sein im Sinne einer organischen Gesellschaftsentwicklung; denn das Menschenbild des Konservatismus ist pessimistisch. Die darauf aufbauende Gesellschaftsauffassung strebt daher nach *Sicherheit*, nach Geborgenheit in Familie und Gemeinde. Dabei wird vor allem auf die natürlichen Lebensgrundlagen einschliesslich der natürlichen Umwelt abgestellt. Ordnung und Autorität werden aus der Geschichte und aus der Natur abgeleitet. Daher findet sich im Konservatismus auch der Hang zum Irrationalismus.

Die Kritik an dieser Art von Gesellschaftspolitik lässt sich kurz wie folgt formulieren: In einer durch Autorität und Hierarchie geprägten Gesellschaft nimmt man die Unterwerfung des Menschen unter die Institutionen in Kauf. Freiheitsbeschränkungen und Ungleichheit vor allem in den unteren Schichten der Bevölkerung lassen sich da nicht vermeiden.

Liberale Gesellschaftspolitik

Im Gegensatz zum Konservativen ist das Menschenbild des Liberalismus optimistisch: Alles ist prinzipiell machbar und konsumierbar. Die aus diesem Menschenbild sich ergebende Gesellschaftsauffassung zielt auf grösstmögliche Freiheit des einzelnen. Unter Freiheit wird verstanden: Schutz vor äusserem Zwang, vor staatlichen Eingriffen. Um so besser konnten sich

Industrie und Technik entwickeln. Liberale Gesellschaftspolitik war denn auch Voraussetzung der Industrialisierung und Grundlage des Kapitalismus.

Charakteristisch für die liberale Gesellschaftspolitik ist der Glaube an den *Wettbewerb*. So ist die Gewaltentrennung (Teilung von Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung) eine typisch liberale Errungenschaft: Durch die Aufteilung der Macht soll die Freiheit des einzelnen besser geschützt werden. Am ausgeprägtesten zeigt sich das Konkurrenzdenken in der liberalen Wirtschaftsordnung: Ein möglichst freies Spiel der Kräfte ist der Garant für höchstmögliche Wohlfahrt. Kennzeichnend für diese Art von Gesellschaftspolitik ist auch der Hang zum Rationalismus. Dies im Gegensatz zu den irrationalen Strömungen des Konservatismus. Daher auch der liberale Hang zum Fortschrittsoptimismus.

Die Kritik an der liberalen Gesellschaftspolitik lässt sich etwa so zusammenfassen: Eine einseitige Leistungs- und Konsumorientierung vernachlässigt wesentliche Bereiche der Persönlichkeitsentwicklung. Weitgehende Freiheit kann dazu beitragen, dass sich der Stärkere besser durchsetzen kann. Wo der Stärkere auch der Kapitalkräftigere ist, geht die Freiheit weniger auf Kosten der Unfreiheit vieler. Zudem ist die auf weitgehende Freiheit bauende liberale Wirtschaftspolitik zu wenig gegen Krisenanfälligkeit gerüstet.

Die sozialdemokratische Gesellschaftspolitik

Das Menschenbild des Sozialismus ist gleich demjenigen des Liberalismus optimistisch, wenn auch mit dem Unterschied: Der Mensch ist nicht nur, wie ihn der Liberale sieht, ein rationales Wesen, sondern auch eine «entwickelbare Persönlichkeit, die dem Wesen nach sozial und solidarisch ist» (Reithofer).

Ein Grundziel der sozialistischen Gesellschaftspolitik ist die *Gleichheit*. Sie wird für Sozialisten aller Richtungen als orientierender Grundsatz anerkannt. Unter Gleichheit versteht der Sozialist nicht eine absolute Gleichheit, sondern eine Gleichheit der Lebenschancen. Gleichheit vor dem Gesetz genügt nicht; denn sie kann nicht zur echten Gleichberechtigung führen, solange erhebliche ökonomische Ungleichheit besteht. Insbesondere erscheinen die grossen Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung als ungerechtfertigt. Während die liberale Gesellschaftspolitik von einer durch Besitz ungleichen Gesellschaft ausgeht, fordert die sozialistische Gesellschaftspolitik gleiche Freiheit für alle. «Die Freiheit des einzelnen muss eingeschränkt werden durch die gleiche Freiheit des andern» (Kant). Daraus resultiert die Forderung nach Gleichheit als notwendige Bedingung eines möglichst hohen Masses an Freiheit für alle.

Das Gleichheitsziel kann aber nicht durch Zwang erreicht werden, wie dies im Bereich des Kommunismus praktiziert wird. Durch Zwang wird

statt Gleichheit ein grosses Mass an Ungleichheit geschaffen. Auf der einen Seite stehen dann die wenigen, die Zwang ausüben, und die vielen, auf die Zwang ausgeübt wird. So geraten die vielen gegenüber den wenigen in einen Zustand ausgeprägter Ungleichheit. Hier zeigt sich die von Reithofer beschriebene Gefahr der *Selbstaufhebungstendenz* der sozialistischen Gesellschaftspolitik. Daraus erklärt sich auch die sozialdemokratische Überzeugung, dass eine Gesellschaftsänderung mit demokratischen Mitteln anzustreben sei. Diese Auffassung hat sich in den westlichen Industriestaaten durchgesetzt. Deshalb soll im folgenden nur noch von der sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik die Rede sein.

Die sozialdemokratische Gesellschaftspolitik strebt im Gegensatz zum Konservatismus und Liberalismus nach grundsätzlichen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen. Als wirtschaftliches Ziel gilt vor allem die Erreichung und Sicherung der Vollbeschäftigung. Dabei wird der Leistungslohn anerkannt, aber mit der Forderung nach sozialer Sicherheit verbunden. Im weitern bekennt sich die sozialdemokratische Gesellschaftspolitik zum sozialen Rechtsstaat. Sie meint damit aber nicht nur die Freiheitsrechte des einzelnen gegenüber dem Staat, sondern auch soziale Rechte gegenüber diesem Staat (Recht auf soziale Sicherheit, auf menschenwürdige Wohnungen usw.).

Im kulturellen Bereich ist es das Anliegen sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik, allen eine möglichst gleiche Teilnahme an kulturellen Möglichkeiten zu eröffnen und für Chancengleichheit in der Bildung zu sorgen.

Unverlierbare Grundlage sozialdemokratischer Politik

Aus dem Gesagten ergibt sich zunächst, dass der *Gleichheitsgedanke* Grundlage eines sozialdemokratischen Programms sein muss. Die Forderung nach Gleichheit beruht auf dem Gedanken, dass die Menschen durch überwiegende Gemeinsamkeiten miteinander verbunden sind und dass diese Gemeinsamkeiten dazu berechtigen, die Herausbildung vermeidbarer Ungleichheiten in der Gesellschaft zu verhindern. Sozialdemokratisches Streben nach Gleichheit ist daher mehr als soziale Fürsorgepolitik. Es genügt auch nicht, sich mit dem zum Schlagwort gewordenen Postulat der Chancengleichheit zufriedenzugeben. Es muss deutlich herausgestellt werden, dass wir damit nicht nur gleiche Startchancen verstehen, sondern permanente Gleichheit der Lebenschancen. Sozialdemokratisches Gleichheitsstreben hat aber nichts zu tun mit Gleichmacherei, das heisst mit Gleichschaltung und Ausschaltung der Persönlichkeit. Zur Abgrenzung gegenüber linksradikalen Programmen muss denn auch gesagt werden, dass die Forderung nach Gleichheit nicht absolut, sondern nur tendenziell verstanden werden kann. Der Zeit des egalitären Kriegskommunismus (1918 bis 1921) mit ihrem Ruf nach absoluter Gleichheit folgte bald die Ernüchterung. Schon 1931 wandte sich Stalin gegen die «Gleichmacherei».

Das Spannungsverhältnis zwischen dem Status eines russischen Generals und eines Rotarmisten übertrifft ein Vielfaches die Unterschiede zwischen vergleichbaren Rängen in der amerikanischen Armee. Das gleiche gilt im zivilen Sektor. Bekannt und unbestritten ist auch, was Djilas über den Aufstieg der «neuen Klasse» in Jugoslawien mit ihren Privilegien und mit ihrem Lebensstil beschrieben hat. Und unsere unentwegten Marxisten müssen sich gesagt sein lassen, dass die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln keine Angleichung der Einkommensverhältnisse zu erzielen vermochte und auch keinen Schutz vor ungerechtfertigter sozialer Differenzierung bot.

Zuzustimmen ist deshalb Reithofer, wenn er ausführt, dass sich die Gleichheit nur allmählich verwirklichen lasse: «Nur so kann sie aber auch tatsächlich zu einer Erweiterung des gesellschaftlichen Freiheitsraums führen. Das ist keineswegs leicht erreichbar oder gar selbstverständlich, wie manche irrtümlich meinen; es ist aber auch keineswegs unerreichbar, sondern vielmehr eine der grössten Herausforderungen unserer Epoche.»

Die Sozialdemokratie kann somit, indem sie diese Herausforderung annimmt, als dritte Kraft in der Gesellschaft wirken.

Sozialdemokratische Gesellschaftspolitik wird sodann auch durch das *liberale* Element mitgeprägt. Sie besteht somit aus liberalen und sozialistischen Elementen. In der Grundsatzerklärung der Sozialistischen Internationalen (1951) wird ausdrücklich hervorgehoben, dass es keinen Sozialismus ohne Freiheit geben könne. In sämtlichen Programmen der sozialdemokratischen Parteien Europas wird der Idee von der Verbindung von Freiheit und Gleichheit Ausdruck gegeben.

Besonders deutlich zeigt sich die Verbindung von Liberalismus und Sozialismus bei der wirtschaftlichen Zielsetzung sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik. Sie besteht in der Verbindung von Marktwirtschaft und Planung. Erst diese Kombination ermöglicht die Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat im sozialdemokratischen Sinn.

Aber auch im kulturellen Bereich sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik zeigt sich offensichtlich eine Verbindung liberaler und sozialistischer Elemente: Auf der einen Seite wird die Freiheit der Wissenschaft, des künstlerischen Schaffens und der Religionsausübung betont; andererseits wird gefordert, dass alle an den kulturellen Möglichkeiten sollten teilnehmen können («Recht auf Bildung» usw.).

Die Sozialdemokratie ist es, die das liberale Erbe angetreten hat. Dieses Erbe zu hüten, zu verteidigen und zu mehren ist die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie, die man auch definieren könnte als «*Fortsetzung des Liberalismus mit andern – tauglichen – Mitteln*».

Der Hinweis auf dieses liberale Element in der sozialdemokratischen Politik bietet natürlich immer wieder Anlass zu Missverständnissen. Ich kenne nicht wenige Parteifreunde vor allem der jungen Generation, die das Wort Liberalismus als Reizwort empfinden. Sie setzen Liberalismus

mit Freisinn gleich und übersehen dabei, dass auch hierzulande die Politik der Liberalen oft mehr als zuträglich durch konservative Elemente geprägt ist. Wenn in unserem Beitrag von Liberalismus die Rede ist, so ist dieses Wort natürlich im ursprünglichen Sinn zu verstehen. Wer für das liberale Erbe der Sozialdemokratie kein Verständnis aufbringt, der sollte sich Sozialist nennen, aber nicht Sozialdemokrat.

Natürlich enthält die sozialdemokratische Politik auch konservative Elemente, wie überhaupt jede der genannten grossen gesellschaftspolitischen Grundrichtungen auch Elemente der anderen Richtungen enthält. Es finden sich in der sozialdemokratischen Politik ebenfalls neomarxistische Elemente. Darauf näher einzugehen würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Wesentlich erscheint uns die Erkenntnis, dass nur dort, wo Sozialismus und Liberalismus zu einer Synthese wurden, eine dritte Kraft entstehen konnte und als solche zu wirken vermag.

Für eine humane Gesellschaftsordnung

Kürzlich liess die SPS im Zusammenhang mit der Begründung und Propagierung der Bankeninitiative verlauten, dass von der Idee einer totalen Planwirtschaft Abschied zu nehmen sei. Damit wurde deutlich gemacht, dass in der sozialdemokratischen Politik anstelle der Verstaatlichung im Sinne einer Änderung der Eigentumsordnung die demokratische *Kontrolle* der Wirtschaft zu treten habe. Es ist dies die Vorstellung von einer Rahmenordnung, wie sie vor Jahren in unserer Zeitschrift propagiert wurde.* Es handelt sich hier um eine Verbindung von sozialistischen und liberalen Vorstellungen. *Kreisky* hat sich unlängst in einem Interview zu dieser Art Planung geäussert: «Innerhalb des Rahmenplans muss es viel Platz geben für wirklich freie Initiative des Menschen zum Wirtschaften und überhaupt zum Handeln.»

In dieser *Synthese* sehe ich die beste Chance für die in jedem sozialdemokratischen Programm geforderte freie Entwicklung der Persönlichkeit. Es gibt allzu viele Menschen, die zwecks Entwicklung ihrer Persönlichkeit zunächst auf kollektive Steuerungsvorgänge angewiesen sind. Gewiss ist das Glück für den einzelnen nicht machbar; aber durch kollektive Steuerung lässt sich wenigstens erreichen, vermeidbares menschliches Leid aus der Welt zu schaffen. Andererseits gehört es auch zur Entwicklung der Persönlichkeit, dass die Leistung als Grundlage des Wirtschaftsprozesses und -wachstums ihre Wertschätzung behält, indem eine gewisse Differenzierung auch in materieller Hinsicht anerkannt wird. In dieser Synthese zwischen Gemeinschaftsaktion und individueller Freiheit, im Spannungsfeld zwischen Gleichheit und Freiheit liegt die Grundlage einer humanen Gesellschaft. Gewiss hat die Sozialdemokratie kein Monopol für humanitäre Politik; aber als dritte Kraft in Richtung einer humanen Gesellschaft zu wirken, dazu ist sozialdemokratische Politik unentbehrlich.

* «Profil» 12/72, S. 342 f.